

Der Politische Ausschuss beschloß auf Antrag des Bollerbundsrat die Bildung eines Ausschusses der Pressefachverständigen aller Welt...

Der Ausschuss der Bollerbundsversammlung für soziale und allgemeine Fragen beschloß, eine Studienkommission nach Persien zu schicken...

Polnische Stimmen gegen den Wirtschaftskrieg.

Warschau, 23. Sept. In einem Beitrage der 'Koczesopolita' über die deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen heißt es u. a.: Aus den Wirtschaftsverhandlungen sollte man die Politik entfernen...

Warschauer Beratungen über Einfuhrfragen.

Warschau, 23. Sept. Gestern fand eine Sitzung der Finanz- und Wirtschaftskommission des Senats statt, in welcher Vertreter des Handelsministeriums...

Danzig-polnische Verhandlungen über Konsularfragen.

Danzig, 23. Sept. Senator Dr. Frank, Obergerichtsrat Dr. Kettlich und Regierungsrat Dr. Derzowski haben sich gestern abend zur Fortsetzung der seit längerer Zeit unterbrochenen Konsularverhandlungen nach Warschau begeben...

Die Entscheidung des Reichsgerichts über das Vermögen des Herzogs von Sachsen-Coburg und Gotha.

In letzter Zeit haben sich verschiedene Zeitungen nochmals mit der bekannten Entscheidung des Reichsgerichts vom 15. Juni 1925 befaßt, durch die das Reichsgericht auf Grund eines Antrages des früheren Reichsministers des Innern, Dr. Jarres, das Gothaische Konstitutionsgesetz vom 31. Juli 1911 als unvereinbar mit dem Reichsgesetz bezeichnet hatte...

Am 2. August 1919 hatten die Volksbeauftragten in dem damaligen Freistaat Gotha ein Gesetz vom 31. Juli 1919 in der Gothaischen Gesammmlung verkündet, durch das fast das gesamte Privatvermögen des Herzogs Carl Eduard, eines ehemaligen deutschen Bundesfürsten, ohne jede Entschädigung in das Eigentum des Staates Gotha überführt wurde...

Die Aufhebung des Konstitutionsgesetzes noch eine vergleichsweise Erledigung erfolgte, stellte Reichsminister Dr. Jarres im März 1924 beim Reichsgericht den Antrag auf Feststellung, daß das Konstitutionsgesetz mit dem Reichsrecht nicht vereinbar sei...

Verurteilung von Kommunisten. Der Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik verhandelte am Mittwoch gegen die Eisenbahnarbeiter Friedrich Ebert und den ehemaligen Schiffsheermann Trittel, beide aus Deutsch-Euplau...

Aus Stadt und Land.

Aus, den 24. September 1925.

Tschechische Mandverspionage.

Annaberg, 23. September. Noch haben die Mandver der 4. Division im sächsischen Erzgebirge nicht begonnen, und schon hat ein tschechischer Militärflieger das Mandvergelände ausgekundschaftet...

Wahlkreisversammlung der Deutschen Volkspartei in Plauen.

Der Wahlkreisverband Chemnitz-Weißwasser-Plauen der Deutschen Volkspartei tagte bei starkem Besuche am Sonnabend und Sonntag in Plauen. In der Sonntagsversammlung wurde folgende einstimmig angenommene Entschließung gefaßt:

Nach einem eingehenden Bericht des Reichstagsabgeordneten Admiral Bräuninghaus spricht der Vertretertag des 30. Wahlkreises Chemnitz-Weißwasser-Plauen dem verehrten Parteiführer, Herrn Dr. Stresemann, seinen Reichstagsabgeordneten Bräuninghaus und Hindenburg und der Reichstagsfraktion sein volles Vertrauen und seine Anerkennung für ihre politische und wirtschaftliche Tätigkeit aus...

Auch der Landtagsfraktion spricht der Vertretertag nach dem eingehenden Vortrage des Landtagsabgeordneten Voigt für die zielbewußte Politik das vollste Vertrauen aus.

In dem bereits am Sonnabend tagenden Kulturausschuss nahm auch Staatsminister Dr. Kaiser teil. Die Sitzung war allein von über 50 Vertretern der Volksschule besucht. Es wurde nach einem Vortrage von Studienrat Bartholomey-Annaberg folgende Entschließung angenommen:

Der Entwurf eines Reichsschulgesetzes zu § 140 Absatz 2 der Reichsverfassung entspricht in seinen wesentlichen Punkten nicht unseren evangelisch-lutherischen, liberalen Kulturanschauungen. Wir lehnen ihn ab. Wir fordern nach wie vor die Bekennerschule, aber nicht als Kirchen-, sondern als Staatsschule. Deshalb lehnen wir auch die kirchliche Beaufsichtigung ab.

Staatsminister Dr. Kaiser nahm nach einem weiteren Vortrage durch Oberlehrer Leopold-Dresden in ungeschätzlichen Ausprägungen zu allen schwebenden Schul- und Kulturfragen Stellung und fand ungeteilten Beifall. U. a. erklärte er, daß der Reichsschulgesetzentwurf auch auf der eben stattgefundenen Landertagung in Leipzig keine Aussicht auf Annahme gefunden habe. Auch Sachsen habe sich gegen ihn ausgesprochen.

Der Ausschuss für Handel, Handwerk und Gewerbe, der im Beisein des Reichstagsabg. Stadtrat Findeisen sowie der Landtagsabg. Hsein Schmidt und Witzschle ebenfalls am Sonnabend tagte, faßte folgende Entschließung:

Der Ausschuss für Handwerk, Handel und Gewerbe der D. V. P. im 30. Wahlkreis erkennt an, daß sich die Landtagsfraktion für eine Mittelhandkreditaktion einsetze, erklärt aber, daß der für den Mittelstand zur Verfügung gestellte Kredit in Höhe von 1/2 Millionen Mark nicht annähernd ausreicht, das im gewerblichen Mittelstand vorhandene Kreditbedürfnis zu

befriedigen. Er erwartet deshalb, daß die Landtagsfraktion für eine Erhöhung des Kredites eintritt, und vor allem dafür, daß als Sicherheit nicht nur hypothekarische Eintragung genügt.

Der Streit in der sächsischen Sozialdemokratie.

Berlin, 24. September. Nach Blättermeldungen aus Leipzig faßte eine Versammlung der Sozialdemokraten aus Groß-Leipzig gestern zu dem Beschluß des Heidelberger Parteitages über die Beilegung des Konfliktes in der sächsischen Sozialdemokratie eine Entschließung, in der gegen die vom Heidelberger Parteitag getroffene Entscheidung scharfster Protest erhoben wird.

Frostwarnungsdienst.

Die Sächsische Landeswetterwarte errichtet für die Zeit vom 1. Oktober 1925 bis 31. Mai 1926 wie bereits in den Wintern vergangener Jahre einen Frostwarnungsdienst. Er bezweckt, durch Frost gefährdete Unternehmungen der Industrie, sowie Landwirtschaft, Gartenbaubetriebe, Eisenbahnen, Transportunternehmen, Bauunternehmen usw. möglichst frühzeitig über zu erwartenden Frost und dessen voraussichtliche Stärke oder auch auf Antrag über besonders zu besorgende Schneefälle zu benachrichtigen. Daß der Frostwarnungsdienst einem dringenden Bedürfnis der genannten Kreise entgegenkommt, beweist die Zunahme der Frostwarnungsabonnenten. Es steht somit im Interesse des Einzelnen als auch der Gesamtwirtschaft, wenn auch in diesem Winter zahlreiche Anmeldungen zum Frostwarnungsdienst erfolgen. Die Frostwarnungen werden durch Telegramme, nach Dresden und Umgebung auf Wunsch durch Fernsprecher, übermittelt. Die zeitliche Dauer, in der der Bezug von Frostwarnungen gewünscht wird, liegt im Belieben des Bezüglers. Unabhängig von der Dauer des Bezuges der Frostwarnungen wird für die Zeit vom 1. Oktober 1925 bis 31. Januar 1926 eine Gebühr von 12 Mark, zahlbar bei Anmeldung, und für die Zeit vom 1. Februar bis 31. Mai 1926 eine Gebühr in gleicher Höhe erhoben. Die bei den Benachrichtigungen entstehenden Telegramm- bzw. Telefongebühren gehen zu Lasten des Bezüglers der Frostwarnung. Schriftliche Anmeldung und Einzahlung der Gebühren haben an die Sächsische Landeswetterwarte Dresden-N., Große Meißner Straße, 15 m, zu erfolgen.

Eine öffentliche Stadtverordnetenversammlung findet am Freitag, den 25. September, nachm. 4 1/2 Uhr im Stadtverordnetenversammlungssaal statt mit folgender Tagesordnung: 1. Wahl der Mitglieder für die Oberrealschulkommission. 2. Wahl von Mitgliedern für den Kreisaußschuß. 3. Kenntnisnahme von dem Beschlusse des Krankenhausauschusses wegen Erhöhung der Verpflegssätze und der Verpflegungsverhältnisse. 4. Kenntnisnahme bezüglich eines Vermächtnisses. 5. 4. Nachtrag zur Sachung für die städtische Handelsschule. 6. Abänderung des 24. Nachtrages zur Gemeindefinanzordnung. 7. Bestimmungen über das Anschlagswesen in der Stadt Aus. 8. Erhöhung der städtischen Beiträge zu den Gehältern der Schwestern der Gemeindefinanz. 9. Ausbesserung der Wasserleitungsanlage in der 1. Bürgerschule. 10. Vorstellung eines Fleischunternehmensraumes im Schlachthof. 11. Beschleunigung der Sicherstellung. 12. Besuch der Arbeitsinvaliden, Beschaffung von verbilligten Lebensmitteln, Heizstoffen und Kleidungsstücken für die Sozialrentner. 13. Desgl. Abzug der gewährten reichs-gesetzlichen Sozialrentnerzulagen von der öffentlichen Fürsorgeunterstützung. 14. Anträge der kommunistischen Fraktion.

Personalien. Dem Studienrat Arno Seibel ist vom Wirtschaftsministerium die Amtsbezeichnung Studiendirektor verliehen worden.

Hauptversammlung des Frauenverein St. Nikolai. Donnerstag, den 1. Oktober hält unter Frauen-Verein den ersten Frauen-Abend im neuen Winterhalbjahre. Im ersten Teile des Abends findet die Hauptversammlung mit Erstattung des Jahresberichtes, des Kassenberichtes und der Neuwahl des Vorstandes statt. Im zweiten Teile wird Schwester Elise Vortrag halten über ihre Reise nach Amerika und über ihre Arbeit jenseits des Weltmeeres. Allen Frauen und jungen Mädchen des Quartales sei darum der Besuch des Abends warm empfohlen.

Arbeitermangel in der Landwirtschaft. Wie wir von der Pressestelle der Landwirtschaftskammer erfahren, ist die Kammer beim Wirtschaftsministerium erneut vorstellig geworden in der Frage des Arbeitermangels in der Landwirtschaft, die besonders bei der bevorstehenden Kartoffel- und Rübenerte von größter Bedeutung ist. In den stark mit Industrie besetzten Bezirken und zum Teil auch in der Nähe der größeren Städte hegen sich die Arbeiterverhältnisse in der Landwirtschaft so ungesundigt, daß die Vergütung der Ernte nicht nur sehr stark vergrößert wird, sondern in den hohen Tagen teilweise sogar dem Verderben ausgesetzt ist. Diese Verhältnisse sind von einem amtschauptmannschaftlichen Bezirk ausführlich der sächsischen Regierung berichtet worden, wobei besonders auf den Mangel an Landarbeiterwohnungen und die unzulässigen Zustände hingewiesen worden ist, die sich aus der Inanspruchnahme der Arbeiterwohnungen durch betriebsfremde Arbeiter ergeben. Es werden zur Behebung der aus diesen Verhältnissen sich ergebenden Leutenot auf dem Lande Vorschläge gemacht, die sich in erster Linie auf die beschleunigte Freistellung derartiger mit betriebsfremden Personen besetzten Wohnstätten beziehen.

Die Witterungsschäden im Erzgebirge und Vogtland. Die anhaltenden Regenfälle der letzten Wochen haben das Einbringen der an sich später eintretenden Ernte im Erzgebirge sehr stark verzögert und teilweise eine so starke Schädigung hervorgerufen, daß bei Sommer- und Wintergetreide in manchen Bezirken mit einem Ernteausfall bis zu 80 Prozent gerechnet werden muß. Daneben erscheint auch die Kartoffelernte bereits stark gefährdet, da das Kraut frühzeitig abgestorben ist und die Knollen schon anfangen, stark zu faulen. Der mehr oder minder große Ausfall der Grummelernte wird in den betroffenen Bezirken außerdem einen starken Futtermittelmangel hervorrufen. Wie wir erfahren, hat die Landwirtschaftskammer angesichts dieser Verhältnisse bei dem Wirtschaftsministerium den Antrag gestellt, daß von den unteren Verwaltungsbehörden rechtzeitig Erhebungen über den Umfang der Witterungsschäden angestellt werden, damit diese als Beweis-

Vertical text on the right edge of the page, partially cut off.